

## Energie sparen und den Wirkungsgrad erhöhen

- Bis 2050 wollen wir unseren Bedarf an Primärenergie um 50 Prozent senken. Das ist nur zu erreichen, wenn wir weniger Energie verbrauchen. Ein Eckpunktepapier zur Energieeffizienz zeigt hierfür den Weg.
- 40 Prozent der Energie benötigen wir in Deutschland fürs Wohnen. Der Wärmebedarf des Gebäudebestandes soll bis 2020 um 20 Prozent sinken. Bis 2050 sollen Gebäude in Deutschland nahezu klimaneutral sein, das heißt, die benötigte Energie nur aus erneuerbaren Energien beziehen.
- Schon jetzt unterstützt die Bundesregierung Bauherren und Eigentümer, Gebäude energetisch zu sanieren. Um die Sanierungsrate zu verdoppeln, stockt die Regierung das KfW-Gebäudesanierungsprogramm auf 1,5 Milliarden Euro auf. Die Förderung ist weiterhin umso höher, je früher und je wirksamer jemand energetisch modernisiert.
- Steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten (10 Prozent pro Jahr) machen die energetische Sanierung noch attraktiver. Die Bundesregierung verbessert außerdem die Energieberatung.
- Das Bundesbauministerium erarbeitet einen Sanierungsfahrplan für den Gebäudebestand. Er soll Eigentümern helfen, mit den Sanierungsmaßnahmen, die bis 2050 anstehen, den Niedrigstenergiestandard zu erreichen.
- Bei Aufträgen der Bundesregierung gelten zukünftig hohe Energieeffizienzkriterien. Den Zuschlag erhalten nur Produkte und Dienstleistungen in der höchsten Effizienzklasse.
- Ineffiziente Geräte müssen schneller vom Markt genommen, hocheffiziente schneller eingeführt werden. Verbraucher müssen leichter erkennen können, wie viel Energie Produkte verbrauchen. Die Bundesregierung wird sich darum bei energieverbrauchenden Geräten für ambitionierte europäische Standards einsetzen. Ziele: die Standards – stärker als bisher – dem technischen Fortschritt anpassen und schneller aktualisieren sowie klarere und transparentere Kennzeichnung.

## Elektroautos gehört die Zukunft

- Bis 2020 sollen mindestens eine Million Elektroautos auf Deutschlands Straßen fahren, bis 2030 sogar sechs Millionen. Das ist Ziel des Regierungsprogramms Elektromobilität. Das Autoland Deutschland soll zum Leitanbieter und Leitmarkt von Elektroautos werden. Die Bundesregierung verdoppelt deshalb die Mittel für Forschung und Entwicklung auf fast zwei Milliarden Euro bis 2013. Wer ein Elektroauto kauft, soll viele Vorteile haben: zehn Jahre keine Kfz-Steuer, eigene Elektrofahrzeug-Parkplätze mit Ladestationen und die Erlaubnis, Busspuren zu nutzen.

## Ziele und Umsetzung im Blick behalten

- Die Bundesregierung überprüft die Umsetzung des Energiekonzepts regelmäßig. Jährlich soll ein Kreis von Experten (insbesondere Statistisches Bundesamt, Bundesnetzagentur, Umweltbundesamt, Bundeskartellamt) gemeinsam zu energiepolitischen Fragen berichten. Das Bundeswirtschaftsministerium berichtet über den Stand des Netz- und Kraftwerksausbaus, der Ersatzinvestitionen sowie der Maßnahmen zur Energieeffizienz. Das Bundesumweltministerium wird über den Ausbau der erneuerbaren Energien berichten.

## Weitere Informationen finden Sie unter:

[www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)

## Impressum

**Herausgeber**  
Presse- und Informationsamt  
der Bundesregierung  
11044 Berlin

**Gestaltung**  
MetaDesign AG, Berlin

**Druck**  
Silber Druck oHG, Niestetal

**Bildnachweis**  
Sebastian Bolesch, Titel  
Keystone/Giribas: innen links  
Photothek.net/Grabowsky:  
außen rechts

**Stand**  
Juni 2011



Die  
Bundesregierung

# Energie für Deutschland

Das Energiekonzept der Bundesregierung

## Sicher, bezahlbar und umweltfreundlich ins Zeitalter der erneuerbaren Energien

- Deutschland schafft den Einstieg ins Zeitalter der erneuerbaren Energien und den zügigen Ausstieg aus der Kernenergie. Die Bundesregierung will das Zeitalter der erneuerbaren Energien bis 2050 erreichen. Mit ihren Kabinettsbeschlüssen vom 6. Juni 2011 gestaltet sie die Voraussetzungen dafür.
- Die Energieversorgung bleibt zuverlässig, die Energiekosten überfordern niemanden, der Wirtschaftsstandort Deutschland bleibt stark und wir erreichen unsere Klimaschutzziele. So können künftige Generationen den gleichen Wohlstand, den gleichen Komfort und die gleiche soziale Sicherheit genießen wie wir heute.
- Dafür müssen wir die Energieeffizienz steigern, etwa durch Gebäudesanierung. Davon profitieren auch Handel und Industrie. Mit modernen Technologien senken wir den Stromverbrauch. So wird Deutschland bei hohem Wohlstandsniveau eine der energieeffizientesten Volkswirtschaften der Welt. Die Bundesregierung setzt den rechtlichen Rahmen und gewährt wirtschaftliche Anreize.

## Schnellerer Atomausstieg – Endlagerfrage klären

- Auch nach Fukushima halten andere Staaten an der Kernenergie fest. Die Bundesregierung hat die Restrisiken der Kernenergie neu bewertet und sich für einen anderen Weg entschieden: Wir wollen noch schneller als ursprünglich geplant aus der Kernenergie aussteigen. Spätestens Ende 2022 soll das letzte deutsche Kernkraftwerk vom Netz gehen.
- Die unabhängige Reaktorsicherheitskommission und die Ethikkommission halten den Ausstieg aus der Kernkraft innerhalb eines Jahrzehnts für möglich. Wir werden spätestens bis Ende 2022 auf die Kernkraft verzichten. Damit gibt es in Deutschland ein im breiten gesellschaftlichen Konsens festgelegtes und verbindliches Datum für den Ausstieg aus der Kernenergie. Dazu werden wir das Atomgesetz ändern.

- Die nach der Reaktorkatastrophe in Japan heruntergefahrenen sieben Kernkraftwerke und das Kernkraftwerk Krümmel sollen stillgelegt bleiben. Für die übrigen neun Kraftwerke gibt es einen Stufenplan mit festen Zeitpunkten: Sie gehen 2015, 2017, 2019, 2021 und 2022 vom Netz.
- Mögliche Engpässe in den beiden Winterhalbjahren bis März 2013 soll die vorhandene Reserve bei Gas- und Kohlekraftwerken auffangen. Um ganz sicherzugehen, prüft die Bundesnetzagentur bis September 2011, ob ein Kernkraftwerk übergangsweise in Reserve gehalten werden muss.
- Die Bundesregierung löst das Problem der Lagerung der radioaktiven Abfälle. Sie wird bis Ende dieses Jahres einen Vorschlag unterbreiten. Dies schließt die ergebnisoffene Weitererkundung von Gorleben ebenso ein wie ein Verfahren zur Ermittlung allgemeiner geologischer Eignungskriterien und möglicher alternativer Entsorgungsoptionen.
- Viele Staaten nutzen die Kernkraft weiter, allein in Europa stehen über 140 Anlagen. Deswegen tritt die Bundesregierung dafür ein, die Sicherheit von Kernkraftwerken in Europa und weltweit zu erhöhen. Die EU-Stresstests und die Vereinbarung der G8-Staaten sind dazu erste Schritte.

### Deutschland: Vorreiter in der Energiepolitik

- Der Umstieg ist eine große Kraftanstrengung – aber auch eine große Chance: Deutschland kann die erste große Industrienation mit einem hocheffizienten Energiesystem werden, das auf erneuerbaren Energien beruht. Wir können damit Vorreiter und Vorbild für eine wirtschaftlich erfolgreiche und nachhaltige Energiewende weltweit werden. Eine Zukunft ohne weitere ökologische Lasten und Abhängigkeit von teuren Energie-Importen eröffnet uns hervorragende neue Möglichkeiten für Export, Beschäftigung und Wachstum.

### Klima schützen – erneuerbare Energien stärken

- Wir halten auch ohne Kernenergie an dem Ziel fest, den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020 um 40 und bis 2050 um mindestens 80 Prozent (im Vergleich zu 1990) zu senken. Bis 2020 soll der Energieanteil aus Sonne, Wind & Co. am Stromverbrauch mindestens 35 Prozent betragen. Heute sind es 17 Prozent.
- Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bleibt das wichtigste Instrument für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Eine zentrale Rolle im neuen EEG spielt Strom aus Wind. Die Bundesregierung wird die Windenergie an Land verstärkt ausbauen und alte Anlagen durch effizientere ersetzen lassen. Sie bringen eine höhere Leistung, sind leiser und damit umweltverträglicher. Immer wichtiger wird die Offshorewindenergie in Nord- und Ostsee. Die Bundesregierung fördert sie mit dem neuen KfW-Offshore-Programm. Wasserkraft, Fotovoltaik, Geothermie und Biomasse kommen hinzu.
- Beim Umstieg auf erneuerbare Energien müssen die finanziellen Belastungen für private Haushalte und Unternehmen in Grenzen bleiben. Die Umlage, die jeder Stromverbraucher für die erneuerbaren Energien zahlt, soll 3,5 Cent pro Kilowattstunde nicht überschreiten. Deshalb wird unter anderem die Vergütung für Biomassestrom sinken.



- Je mehr Wind und andere erneuerbare Energien Strom liefern, desto besser müssen sie mit konventionellen Kraftwerken und Stromspeichern zu einem stabilen Versorgungssystem zusammenwachsen. Strom aus erneuerbaren Energien muss bedarfsgerechter erzeugt werden und zur Netzstabilität beitragen. Deswegen fördert die Bundesregierung Anbieter, die Strom aus erneuerbaren Energien direkt vermarkten und nicht – wie bisher – an Netzbetreiber weiterleiten. Außer dieser Marktprämie soll es eine sogenannte Flexibilitätsprämie für Biogas geben. Sie belohnt Anbieter, die Strom bedarfsorientiert erzeugen.

### Zügige Planung und Genehmigungen

- Deutschland wird seine Ausbauziele für die erneuerbaren Energien nur erreichen, wenn sich Anlagen zügig und unbürokratisch planen und genehmigen lassen. Das neue Planungsbeschleunigungsgesetz erleichtert Solaranlagen an und auf Gebäuden zu bauen und Windenergieanlagen aufzurüsten (Repowering). Außerdem können Bebauungspläne Flächen für die Erzeugung, Verteilung, Nutzung oder Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien oder Kraft-Wärme-Kopplung gezielt ausweisen.

### Neue Energiespeicher: Stromangebot und -nachfrage in Einklang bringen

- Wind- und Sonnenenergie liefern nicht immer gleich viel Leistung. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, brauchen wir moderne Energiespeicher. Sie speichern Strom und speisen ihn bei Bedarf in das Netz ein.
- Für Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet stellt der Bund in einer ersten Phase bis 2014 insgesamt bis zu 200 Millionen Euro bereit.

### Netzausbau: Versorgungssicherheit schaffen

- Noch sind die deutschen Stromnetze nicht auf den Transport der erneuerbaren Energien ausgelegt. Das Netzausbaubeschleunigungsgesetz sorgt dafür, dass sich Höchstspannungsleitungen schneller bauen lassen – über Landesgrenzen hinweg – zum Beispiel für den Nord-Süd-Transport. Eine Novelle des Energiewirtschafts-



gesetzes stärkt die Grundlagen für intelligente Netze und Speicher, etwa durch verbesserte Rahmenbedingungen für intelligente Stromzähler.

### Moderne konventionelle Kraftwerke: die neue Brückentechnologie

- Wenn wir Kernkraftwerke vom Netz nehmen, müssen andere Energieträger einspringen, um die Netzstabilität dauerhaft zu sichern und Schwankungen in der Erzeugung auszugleichen. Der Import von Atomstrom ist keine Alternative. Moderne, hocheffiziente Gas- und Kohlekraftwerke eignen sich für den schnelleren Übergang zu einer Stromversorgung aus erneuerbaren Energien. Sie können die Schwankungen von Wind- und Sonnenenergie ausgleichen.
- Durch das Planungsbeschleunigungsgesetz werden wir den zügigen Aufbau zusätzlicher Kapazitäten sicherstellen. Bis 2013 werden neue Gas- und Kohlekraftwerke, die bereits im Bau sind, mit einer Leistung von rund zehn Gigawatt ans Netz gehen. Bis 2020 muss noch einmal dieselbe Kraftwerksleistung hinzukommen. Ein neues Kraftwerksförderprogramm für kleine und mittelständische Energieerzeuger wird zusätzlich zur Versorgungssicherheit beitragen. Zudem will die Bundesregierung die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) verbessern und über das Jahr 2016 hinaus fortsetzen.